**Stadt Georgsmarienhütte
Die Bürgermeisterin
Bauverwaltung, Stadtplanung, Tiefbau, Umwelt**

Verfasser/in: Roswitha Engelhardt

**Vorlage Nr. BV/059/2024
Datum: 20.03.2024**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Sitzungs- datum	Sitzungsart (N/Ö)
Ausschuss für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr	02.04.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (nichtöffentlich)	24.04.2024	N

**Betreff: Vermietung Haus Osnabrücker Str. 59 - Antrag der Gruppe Bündnis 90/
Die Grünen und Die Linke**

Beschlussvorschlag:

Ohne

Sachverhalt / Begründung:

Antrag der Gruppe Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke:

Die Stadt beauftragt die NLG, das Haus Osnabrücker Straße 59 zeitlich begrenzt so zu vermieten, dass bei Nutzungskonflikten mit benachbarten Flächen eine Beendigung möglich ist. Die Verkehrssicherheit zur B51 ist dabei sicherzustellen. Die Wegezuführung muss über den hinteren Weg der Nachbargrundstücke erfolgen. Das vorhandene Tor muss so versetzt werden, dass eine Zufahrt zur B51 ausgeschlossen ist.

Der betreffende Antrag der Gruppe Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke ist am 13.03.2024 eingegangen. Die Begründung des Antrages ergibt sich aus den anliegenden Unterlagen.

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Gruppe Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke „Vermietung Haus Osnabrücker Str. 59“

Es wird auf die Ausführungen der Verwaltung im Ausschuss für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 06.12.2023 unter Tagesordnungspunkt 3 verwiesen:

Die Verwaltung hat sich intern intensiv beraten und hat auch ein Gespräch mit einem Interessenten geführt.

Ihre ablehnende Haltung hat die Verwaltung den Fraktionen gegenüber bereits erläutert. Zum einen liegt das Gebäude Osnabrücker Str. 59 in einem Areal, welches zur städtebaulichen Entwicklung vorgesehen sei. Eine Verstetigung der Wohnbebauung in dem Bereich würden anderweitige mögliche Nutzungen des Areals und generell die Möglichkeiten der städtebaulichen Entwicklung deutlich einschränken.

Zum anderen ist es an der Straße sehr laut. Die Politik fordert den Bau einer Lärmschutzwand an der B51 bzw. Osnabrücker Str., weil dort wohnende Personen unzumutbar durch akustische Emissionen belastet würden. Dies widerspricht dem Bestreben, im Haus Osnabrücker Str. 59 eine dauerhafte Wohnnutzung herbeizuführen.

Zudem liegt eine sehr eingeschränkte Erreichbarkeit des Grundstückes vor. Das Tor kann nicht geöffnet werden, eine Zuwegung ist nicht gegeben. Bei einer Zuwegung von hinten müssten alle betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümer kontaktiert werden, um deren Zustimmung zu erhalten. Nach aktuellem Stand ist eine Zuwegung nur von der B51 oder fußläufig möglich.

Das Gebäude ist für sein Alter zwar in einem passablen Zustand, jedoch ist seit vielen Jahren weder etwas an den Fenstern noch an der Dämmung gemacht worden. Es wären erhebliche Investitionen beispielsweise in den Schallschutz zu tätigen. Das Gebäude sollte bisher aber auch nicht abgerissen werden. Es wurde bislang in der Hinterhand gehalten, um etwaige Geflüchtete vorübergehend unterbringen zu können und Schließungen von Turnhallen zu vermeiden. Auch das ist allerdings keine Dauerlösung. Aus diesem Grund ist es auch nicht wieder vermietet worden.

Finanzielle Auswirkungen:

Gleichstellungspolitische Auswirkungen:

Anlagen:

Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/ DIE LINKE - Vermietung Haus Osnabrücker Str. 59 - Fraktion Bündnis 90 Die Grünen